

Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

Kurze Belehrung über die Anwendung des Stempelgesetzes für den Geschäftsverkehr bei der Königlich-Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn

Bonn, 1833

urn:nbn:de:hbz:5:1-13130

Ab
1227

225

Kurze
Belehrung
üb. die
Anwendung
des
Stempelgesetzes....

Ab 1227
225

Revision

Ab1227/225



Ab1227/225

KURZE BELEHRUNG

über die Anwendung des Stempelgesetzes für den Geschäfts-
verkehr bei der Königlich - Rheinischen Friedrich -
Wilhelms - Universität zu Bonn.

§. 1.

Als durchgreifender Grundsatz über die Befreiung von jeder Stempel-
Abgabe steht der an der Spitze, dass Verhandlungen und Gesuche über Gegen-
stände, deren Werth nach Gelde geschätzt werden kann, stempel-
frei sind, wenn dieser Werth *Fünzig Thaler* Silbergeld nicht erreicht
(Gesetz vom 7. März 1822. §. 3. lit. a.).

§. 2.

Nach dem zuvor allegirten Gesetze und dem Tarif zu demselben sind meh-
rere an sich stempelpflichtige Verhandlungen dem Stempel nicht unterworfen,
wenn sie zu demjenigen Zwecke gebraucht werden, wofür das Gesetz Stempel-
freiheit bewilligt hat.

Es ist zweckmässig, dass auf solchen Verhandlungen, die nach Verschie-
denheit des davon zu machenden Gebrauchs bald dem Stempel unterworfen
sind, bald nicht, von dem Aussteller selbst bemerkt werde, zu welchem die
Stempelfreiheit rechtfertigenden Zwecke sie ausgefertigt sind.

Wenngleich hierdurch allein der Missbrauch solcher Verhandlungen zu andern
Angelegenheiten, für welche sie auf Stempelpapier auszufertigen gewesen wären,

19. 9909 C

nicht gehindert wird, so erlangt doch der Aussteller dadurch das Mittel, sich gegen den Regress zu sichern, wenn der Producent für den Missbrauch der ungestempelten Verhandlung in Stempelstrafe genommen werden muss. (Bekanntmachung der Provinzial-Steuerdirection in Cöln vom 28. Aug. 1826., Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Aachen Stück 50 vom Jahre 1826.)

§. 3.

Stempelpflichtige Verhandlungen müssen in der Regel auf das erforderliche Stempelpapier selbst geschrieben werden.

Wo dies nicht hat geschehen können, darf zwar das erforderliche Stempelpapier noch nachgebracht, jedoch nur in ganzen unangeschnittenen Bogen umgeschlagen und kassirt, das ist, durch Bezeichnung seiner Bestimmung, zu anderem Gebrauche untüchtig gemacht werden (§. 12 des zuvor allegirten Stempelgesetzes).

§. 4.

Wenn stempelpflichtige Verhandlungen auch stärker als ein Bogen sind, so wird doch nur zum ersten Bogen der vorgeschriebene Stempel erfordert (§. 15 desselben Gesetzes).

§. 5.

Von denjenigen Verhandlungen, welche in dem Geschäftsverkehr des Universitäts-Rectorats, des Universitäts-Gerichts, der Herrn Professoren und Docenten, so wie der Herrn Directoren der academischen Institute hauptsächlich vorkommen, werden die nachfolgenden, nach Anleitung des Tarifs zum Stempelgesetz, mit der entsprechenden Stempel-Abgabe besonders aufgeführt:

Atteste: amtliche in Privatsachen, unterliegen einem Stempel von 15 Sgr. Alle amtliche Atteste, welche nur deshalb ausgefertigt werden, damit der Inhaber seine Berechtigung zum Genusse von Wohlthaten, Stiftungen und andern Dispositionen für Dürftige dadurch nachweisen könne, sind stempelfrei.

Diejenigen Atteste, welche bei öffentlichen Kassen als Rechnungsbelege wegen Zahlung der Wartegelder und Pensionen von den Empfängern eingereicht werden müssen, sind stempelfrei. Ebenso ist durch Stempelgesetz vom 7. März 1822 §. 3 s. litt. e, denjenigen Verhandlungen und Zeugnissen Stempelfreiheit bewilligt worden, die sich auf Eintritt in den Königl. Militärdienst beziehen.

Nach einer von den Königlichen Ministerien der Geistlichen - Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und der Finanzen unterm 25. März 1823 erlassenen Entscheidung sind die Atteste öffentlich approbirter Aerzte und Wundärzte in der Regel nicht, sondern nur in sofern stempelpflichtig, als sie von ihnen in der Eigenschaft öffentlicher Medicinal-Beamten, also z. B. von Kreis-Physicis, Kreis-Chirurgen, gerichtlichen Medicinal-Beamten, ertheilt werden. (Bekanntmachung der Königl. Regierung zu Coblenz, vom 21. Juni 1823 Stück 27 des Amtsblattes von 1823 — vergl. auch die Verfügung des Königlichen Ministerii der Geistlichen - Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 18. Januar 1830 in von Kamptz Annalen der preussischen innern Staats-Verwaltung Jahrgang 1830 14r Band 1s Heft S. 178.

Erlaubnissscheine, die zur Erlangung eines Regierungspasses ausgefertigt werden, sind keinem Stempel unterworfen; dagegen solche, die auf Reisen im Inlande den Pass ersetzen sollen, gleich den von den Polizeibehörden ertheilten Legitimationskarten, einem Stempel von 5 bis 15 Sgr. unterliegen (s. Rescript der Königl. Ministerien des Innern und der Finanzen vom 30. Juli 1822).

Ausfertigungen, amtliche, und Bescheide unterliegen nach dem Ermessen der Behörden, einem Stempel von 15 Sgr., oder auch nur von 5 Sgr.

Der Stempel von 15 Sgr. ist für Ausfertigungen in der Regel zu gebrauchen. Der niedrigere Stempel findet nur statt, wo die Verhältnisse des Empfängers oder die Geringfügigkeit eines nicht nach Gelde zu schätzenden Gegenstandes die Ausnahme besonders begründen.

Bescheide derjenigen Staats- und Communalbehörden und Beamten, welchen eine richterliche oder polizeiliche Gewalt anvertraut ist, auf in ihrer amtlichen Eigenschaft an sie gerichtete Gesuche, Anfragen und Anträge in Privat-Angelegenheiten, sind in der Regel für stempelpflichtige Ausfertigungen zu achten, wenn sie eine Entscheidung oder Belehrung in der Sache selbst enthalten, welche dem Bittsteller darauf zugefertigt wird; sie mögen nun in Form eines Antwortschreibens, einer Verfügung, einer Decretsabschrift oder eines auf die zurückgehende Bittschrift selbst gesetzten Decrets, erlassen werden.

In wie weit besondere Gründe eine Ausnahme von dieser Regel rechtfertigen, und eine stempelfreie Bescheidung auch in den vorgedachten Fällen veranlassen können, bleibt dem billigen Ermessen der Behörden anheimgestellt.

Gesuche, Beschwerdeschriften, Bittschriften, Eingaben, welche ein Pri-

vatinteresse zum Gegenstande haben, (also alle Gesuche um Beförderung, Gehalts-Zulage, Bewilligung von Besoldungs-Vorschüssen etc.) müssen auf einen Stempel von 5 Sgr. geschrieben werden.

Ausgenommen sind bloss solche Gesuche, deren Gegenstand keine 50 Rthlr. Werth betrifft, wenn dieser Gegenstand und Werth bestimmt ausgedrückt ist.

Ist ein Gegenstand aber nach Gelde nicht zu schätzen, oder der Werth nicht ausgedrückt, so ist das Gesuch in jedem Falle stempelpflichtig.

Blosse Beschleunigungs-Gesuche, welche keine zur Sache selbst gehörige Erörterungen oder Anträge enthalten und von den Interessenten oder ihren Geschäftsträgern an die Behörden gerichtet werden, bedürfen in der Regel keines Stempels (Allerhöchste Königliche Declaration vom 11. März 1833 Stück 5 der Gesetz-Sammlung von 1833).

Heiraths-Consense für Beamte sind stempelfrei.

Legalisation von Urkunden, sofern sie nicht auf der Urkunde selbst statt findet . . . 15 Sgr., sonst frei.

Nach einer von den Königlichen Ministerien der Justiz und der Finanzen unterm 16. Juli 1828 erlassenen Verfügung können unter Legalisationen nur Atteste verstanden werden, welche darüber, dass eine amtliche Unterschrift richtig und mit amtlicher Befugnis ausgestellt sei, von derjenigen Behörde erteilt worden sind, der die Beurtheilung der amtlichen Qualität des Ausstellers gesetzlich beigelegt ist. (Bekanntmachung der Provincial-Steuerdirection vom 26. August 1828, Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Köln vom Jahr 1828 Stück 36.)

Zeugnisse darüber, dass der unter der Urkunde Unterzeichnete wirklich derjenige sei, für den er sich ausgiebt, oder wirklich die Urkunde unterzeichnet habe, (Beglaubigung von Unterschriften) können hieher nicht gerechnet werden, vielmehr sind solche als Recognitions-Atteste für sich dem Stempel von 15 Sgr. unterworfen.

Nur bei nicht amtlichen, an sich stempelfreien (Privat-) Attesten ist nachgelassen worden, dass die Beglaubigung über die Person des Ausstellers von Seiten der Ortsbehörde, insofern diese Beglaubigung auf das ausgestellte Attest gesetzt wird, stempelfrei behandelt werden darf. Hierdurch ist jedoch im Uebrigen in der gesetzmässigen Stempelpflichtigkeit derartiger Recognitions-Atteste nichts geändert worden (vergl. ausserdem noch die Verfügung der Provincial-

Steuer-Direction vom 7. October 1826, Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Düsseldorf vom Jahr 1826 Nro. 81.).

Löschungs-Verfügungen an den Hypotheken-Buchführer sind frei.
Protocolle, welche in Privat-Angelegenheiten aufgenommen werden.

- a) wenn sie die Stelle einer Beschwerdeschrift, Bittschrift, Eingabe oder eines Gesuchs vertreten . . . 5 Sgr.
- b) wenn diejenigen Personen, mit welchen es aufgenommen wird, eine Verbindlichkeit zu einer Leistung oder Unterlassung dadurch übernehmen . . . 15 Sgr.
in sofern nicht
- c) das Protocoll die Stelle einer im Tarif zum Stempelgesetz höher besteuerten Verhandlung z. B. einer Quittung u. s. w. vertritt, in welchem Falle der betreffende höhere Stempelsatz zur Anwendung kommen muss.
Zu den Protocollen sub. lit. b. gehören namentlich die

Vereidigungs- oder Verpflichtungs-Protocolle der Beamten, ohne Unterschied ob deren Diensteinkommen 50 Rthlr. jährlich oder weniger beträgt, und ob sie bloss provisorisch, zeitweise oder auf Tantieme oder Diäten angesetzt werden. Dagegen hat es kein Bedenken, dass über die Verpflichtung mehrerer Beamten gleichzeitig nur Ein Protocoll auf Einem Stempelbogen aufgenommen werde. Nur bei Beamten, welche ein Amt ganz unentgeltlich übernehmen, kann, nach Analogie der Bestimmungen wegen des Bestellungs-Stempels, das Vereidungs-Protocoll als eine Verhandlung, deren Gegenstand unter 50 Rthlr. beträgt, angesehen und stempelfrei aufgenommen werden. (Declaration des Königlichen Finanz-Ministerii vom 28. August 1822, Bekanntmachung der Königlichen Regierung zu Cöln vom 20ten Februar 1827, Stück 9 des Amtsblattes von 1827). Auch ist durch eine spätere Verfügung des Königlichen Finanzministerii vom 20. Mai 1829 nachgegeben worden, dass zu den Verhandlungen über Vereidungen von Staats- und Gemeinde-Beamten die Anwendung des gesetzlichen Protocoll-Stempels von 15 Sgr. nicht erforderlich sein soll, wenn diese Beamten nur auf 1 Jahr angenommen werden und dabei ein Dienst-einkommen unter 50 Rthlr. beziehen (von Kamptz Annalen Jahrg. 1829 13r Band 3s Heft S. 500).

Protocolle über die Einweisung versetzter und schon früher verpflichteter Beamten in ihr neues Dienstverhältniss sind nicht stempelpflichtig, weil sie,

wenn sie auch auf den frühern Dienstleid verwiesen werden, keine neue Verbindlichkeit zu einer Leistung oder Unterlassung übernehmen. (Rescript des Königlichen Finanzministerii vom 15. Januar 1832, Bekanntmachung der Königlichen Regierung zu Minden vom 14. Febr. 1832 Stück 8 des Amtsblatts von 1832).

Quittungen über geleistete Zahlungen, sofern dieselben zum Rechnungsbelege bei Ablegung der Rechnung vor einer öffentlichen Behörde dienen, Ein zwölftheil Procent des Betrages worüber quittirt wird.

Der Quittungsstempel von Besoldungen, Wartegeldern, Pensionen und andern periodischen Hebungen aus öffentlichen Kassen wird in der Regel nach dem jährlichen Betrage der Zahlungen berechnet (§. 8 des Gesetzes vom 7. März 1822).

Zu Interims-Quittungen auf Partial-Zahlungen, welche bestimmt sind gegen eine Haupt-Quittung über den ganzen Betrag ausgetauscht zu werden, bedarf es keines Quittungsstempels.

Ueberdiess sind von dem letztern frei

- a) Rückzahlung der für öffentliche Anstalten gemachten baaren Auslagen, sofern dafür keine Zinsen oder andere Vortheile angerechnet werden.
- b) Reisekosten in Dienst-Angelegenheiten und unfixirte Diäten aus öffentlichen Kassen.

Nach einer Entscheidung der Königlichen Ober-Rechnungs-Kammer vom 19. Decemb. 1831 muss auch zu den Quittungen über Pensionszahlungen an diejenigen Mitglieder der academischen Wittwen und Waisen Versorgungs-Anstalten, welche im Auslande leben, der diesseitige Quittungsstempel beigebracht werden.

Urlaubsgesuche unterliegen einem Stempel von 5 Sgr.

Die Fälle wo ein förmlicher Urlaub nachgesucht werden muss und wo eine blosser Anzeige an das Universitäts-Curatorium genügt, sind durch die Curatorial-Instruction vom 8. Juli 1819 §. 5. pos. 4 näher bestimmt.

Zu Reisen während der Ferien und innerhalb der Grenzen des preussischen Staats ist eine Anzeige an den Curator hinreichend.

Zu Reisen ausser der Ferienzeit so wie ins Ausland müssen die academischen Docenten Urlaub bei dem Curator nachsuchen.

Eine blosser Anzeige an das Curatorium bei Reisen ausser den Ferien ist nur in sehr dringenden Fällen, die keinen Aufschub leiden, und nur bis auf eine Abwesenheit von vier ~~Tagen~~ Tagen gestattet.

Urlaubsertheilungen sind demselben Stempel unterworfen, wie die amtlichen Ausfertigungen, also in der Regel dem von 15 Sgr. oder auch nach Befinden der Umstände dem von 5 Sgr.

Wechsel, gezogene, inländische, und aus dem Auslande eingehende, desgleichen trockene, Ein Zwölftheil Procent des Betrages.

Bei gezogenen Wechseln sind alle nachfolgende Uebertragungen des Eigenthums durch Indossiren und Giriren stempelfrei, nicht aber bei trockenen, indem letztere unter den Tarifsatz »Schuldverschreibungen« fallen. (Bekanntmachung der Königlichen Provinzial-Steuer-Direction zu Münster vom 3. Mai 1827, Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Münster Nro. 19 vom Jahr 1827.)

Wechsel, die aus dem Auslande kommen müssen gleich nach dem Eingange in die diesseitigen Staaten, und ehe ein Geschäft damit gemacht oder Zahlung darauf geleistet wird, gestempelt werden (§. 20 des Gesetzes vom 7. März 1822).

§. 6.

Alle diejenigen Staats- oder Communal-Behörden und Beamten, welchen eine richterliche oder Polizeigewalt anvertraut ist, haben die besondere Verpflichtung auf Befolgung der Stempelgesetze zu halten und alle bei ihrer Amtsverwaltung zu ihrer Kenntniss kommende Stempelcontraventionen von Amtswegen zu rügen.

§. 7.

Die Stempelstrafen sind folgendermaassen festgesetzt:

- a) die ordentliche Stempelstrafe besteht in der Entrichtung des vierfachen Betrags des nachzubringenden Stempels, kann aber nicht unter Einem Thaler sein, mit Ausnahme des folgenden Falls. Ausserdem muss der fehlende Stempel nachgebracht werden (§. 21 des Gesetzes vom 7. März 1822).
- b) Sind stempelpflichtige Gesuche und Bitschriften auf den tarifmässigen Stempelbogen von 5 Sgr. nicht niedergeschrieben, so soll die Nachbringung desselben nicht verlangt, auch die ordentliche Stempelstrafe deshalb nicht eingezogen, sondern dieses Versehen nur dadurch geahndet werden, dass der tarifmässige Stempel des Bescheides auf ein solches Ge-

such um 15 Sgr. erhöht, oder, wenn die Bescheidung ausserdem stempelfrei gewesen wäre, ein Stempelbogen von 15 Sgr. dazu verbraucht wird (§. 23 des allegirten Gesetzes).

- c) Die Unterlassung des Gebrauchs des tarifmässigen Stempels von gezogenen Wechseln und kaufmännischen Anweisungen ist mit dem 25fachen Betrage desjenigen zu bestrafen, was dadurch den Staatseinkünften entzogen worden. Diese Strafe ist besonders und ganz zu entrichten von einem jeden Inländer, der als Aussteller, Präsentant, Acceptant, Indossant oder Girant an dem Umlaufe des gedachten Papiers Antheil genommen hat (§. 26 des allegirten Gesetzes).

§. 8.

Da diese Belehrung hauptsächlich den Zweck hat, bei öfters vorkommenden dem Stempel unterworfenen Verhandlungen etc. auf das Wesentlichste des zu Beobachtenden aufmerksam zu machen, so kann bei den einzeln vorkommenden Fällen das Nachlesen im Gesetze selber nicht ohne Gefahr unterlassen werden, ist vielmehr sehr zu empfehlen.



